



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 5 1 - 0 0 3 8**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI/51

Neuorganisation 5109

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Verfügung vom 10.07.2017 wurde die Abteilung 4005 Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote mit der bestehenden Unterstruktur in das Amt für Soziale Arbeit verlagert.

Aufgrund der Strukturreform im Bereich der Grundschulkinderbetreuung ist eine veränderte strategische Ausrichtung und damit einhergehend die Veränderung des Leistungsprozesses und der Aufbauorganisation in der Abteilung 5109 Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote erforderlich. Zur dauerhaften Implementierung der neuen Organisationsstruktur ist zudem die Bereinigung des Stellenplans erforderlich.

Anlagen:

NÖFF Anlage 1 Organigramm 5109 IST
NÖFF Anlage 2 Organigramm 5109 NEU

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - 1.1 dass mit Verfügung vom 10.07.2017 die Abteilung 4005 *Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote* mit der bestehenden Unterstruktur in das Amt für Soziale Arbeit verlagert wurde.
 - 1.2 dass durch die seitdem gewonnenen Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Strukturreform der Grundschulkinderbetreuung, die Neuorganisation der Abteilung 5109 *Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote* notwendig ist.
 - 1.3 dass die Abteilung 5109 *Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote* entsprechend Anlage 2 neu gegliedert wird.
 - 1.4 dass innerhalb der Abteilung alle Möglichkeiten zur Bereinigung des Stellenplans genutzt werden. Hierzu gehört insbesondere, dass eine vakante Planstelle Sachgebietsleitung 510920 *Grundschulkinderbetreuung* (Planstellenummer 16802) nicht wieder besetzt und zur ÜPL-Bereinigung verwendet wird.
 - 1.5 dass das freigewordene Budget durch das Wegfallen der Planstelle Sachgebietsleitung 510920 *Grundschulkinderbetreuung* zur Schaffung von zwei Planstellen (jeweils 0,5 VZÄ) im Stellenwert TVöD E 9a genutzt wird, die zur dauerhaften Aufgabenerfüllung und Qualitätssicherung notwendig sind.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1. Der unter 1.3 beschriebenen Neugliederung der Abteilung 5109 *Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote* wird zugestimmt. Die hierfür erforderliche Organisationsverfügung ist zeitnah von Dezernat VI/51 in Verbindung mit Dezernat I/11 zu erstellen.
- 2.2. Zum Stellenplan 2022/2023 wird eine Planstelle bei dem Amt für Soziale Arbeit in der zukünftigen Organisationseinheit 510920 *Fachstelle für ganztägige Angebote an Schulen* im Umfang von 0,5 VZÄ und dem Stellenwert E 9a TVöD budgetneutral geschaffen.
- 2.3. Zum Stellenplan 2022/2023 wird eine Planstelle (Abrechnung der Mittagessen) bei dem Amt für Soziale Arbeit in der zukünftigen Organisationseinheit 510930 *Mittagessen* im Umfang von 0,5 VZÄ und dem Stellenwert E 9a TVöD budgetneutral geschaffen.
- 2.4. Die unter 2.2 und 2.3 genannten Planstellen können nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung sowie vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 überplanmäßig besetzt werden.

D Begründung:

Schulfördervereine und freie Träger organisieren die nachschulische Betreuung an den Grundschulen auf der Grundlage des § 15 Hessischen Schulgesetzes und im Auftrag des Amtes für Soziale Arbeit. Die Abteilung Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote berät, begleitet und bezuschusst diese pädagogischen Betreuungsangebote und definiert die Qualitätsstandards.

An 34 Grundschulen wird ein Betreuungsangebot vorgehalten orientiert an den Bedarfen vor Ort. Insgesamt werden fast 5.050 Plätze in der Grundschulkinderbetreuung, den Ganztagsprofilen und im Pakt für den Nachmittag angeboten. Davon 720 Plätze im Ganztags (Profile 1- 3) und 1.193 Plätze im Pakt für den Nachmittag (Stand: 01.10.2019).

Dem Ausbau der Ganztagschulen in Hessen wird weiterhin hohe Priorität eingeräumt. Die Eltern erwarten neben der bestmöglichen Förderung ihrer Kinder verlässliche Öffnungszeiten der Schule und qualifizierende Angebote für ihre Kinder.

Die Notwendigkeit einer Neuorganisation liegt primär an einer veränderten strategischen Ausrichtung im Bereich der Schulkinderbetreuung. Grundschulkinderbetreuung und Ganztags/Pakt für den Nachmittag/Pakt für den Ganztags können nicht weiter isoliert in getrennten Sachgebieten bearbeitet werden. Eine Orientierung an den Schulen unabhängig vom Betreuungsmodell ist zwingend notwendig, da sich sonst Bearbeitungsabläufe doppeln.

Die Einführung einer flacheren Hierarchie verlagert Kompetenz und Verantwortung auf die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Die Bündelung der Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege ermöglichen ein effektiveres Arbeiten.

So soll die Konzentration der Zuschussbearbeitung in einem Team, zukünftig 510920 *Fachstelle für Ganztägige Angebote an Schulen*, orientiert an der jeweiligen Schule und unabhängig von den Betreuungsmodellen erfolgen.

Ebenso wie die Zusammenfassung der Stellen 4184 Qualitätsmanagement Mittagessen und 4025 Abrechnung Mittagessen in einem Sachgebiet 510930 *Mittagessen* notwendig ist. Der Bereich soll durch eine weitere Planstelle Abrechnung Mittagessen mit 0,5 VZÄ im dem Stellenwert TVöD E 9a zur dauerhaften Aufgabenerfüllung ergänzt werden.

Das neue Front-Office für das Fortbildungsprogramm der Grundschulkinderbetreuung (Schuljahr 2019/20: 28 Veranstaltungen an 46 Tagen mit ca. 320 Teilnehmer*innen) bündelt die Verantwortlichkeit für die Organisation und Durchführung der einzelnen Veranstaltungen, der Planung und Organisation, dem Anmeldeverfahren über die Weiterentwicklung bis zur Qualitätssicherung. Die Entwicklung und Ausweitung des Fortbildungsprogrammes für das Betreuungspersonal der Träger erfordert eine Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ mit einem

Stellenwert TVöD E 9a im Bereich 510920 *Fachstelle für ganztätige Angebote an Schulen.*

Die Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen im geplanten Bereich 510940 *Inklusive Schulbündnisse* gründen sich auf einer Kooperationsvereinbarung zwischen Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Modellregion Inklusive Bildung aus dem Jahr 2013. Diese fand 2018 Übergang in die Inklusiven Schulbündnisse.

Die Stellenbeschreibungen sind entsprechend angepasst und mit Dezernat I/11 abgestimmt. Eine Neubewertung der Stellen ist erfolgt. Die Neuorganisation erfolgt ohne zusätzliche Budgetbedarfe, da eine Stelle (Sachgebietsleiterin E 13) nicht neu besetzt wird.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Das von der StVV beschlossene Ausbauziel von 75% ist noch nicht erreicht. Der geplante Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Grundschüler wird darüber hinaus den Ausbau zusätzlicher Plätze erfordern. Diese Perspektive ist auch bei der Ausbauplanung aller Schulgebäude zu berücksichtigen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, . Dezember 2019

5109 Klump (22 12 kl)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(42 61 bu)

Manjura
Stadtrat